



Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mtl. bei Selbstabholung 5.50 Mtl. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mtl. für einen Monat 6.— Mtl. Vorkaufgeld vierteljährlich 10 Mtl., monatlich 30 Mtl. Preis der Einzelnummer 30 Mtl. — Tel. 4596. — **Volkshauskonto** Nr. 53177

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693 — **Berlin** in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gelbte Kolonelle oder deren Raum 1.30 Mtl. bei Platzvorschrift 2.30 Mtl. Familiennachrichten die 7 gelbte Zeile 1.70 Mtl. Keltame-Kolonelle 7.50 Mtl. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aannahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen.

Die Wirkungen der deutschen Noten auf Frankreich.

Berlin, 13. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Note der deutschen Regierung über die Ministerrede in besetzten Gebiet hat in Frankreich eine außerordentliche Wirkung erzielt, die jetzt im Augenblick vor der Brüsseler Finanzkonferenz tief zu bedauern ist. Auch der Temps, der in letzter Zeit sich wiederholt im Sinne einer Verständigung mit Deutschland geäußert hat, bezeichnet die Note in dem Augenblick als geeignet, das Feuer von neuem zu entfachen. Er schreibt: „Wenn daraus Schaden entsteht, wird das deutsche Volk die Kosten zu tragen haben, und weißt darauf hin, daß Bismarck im Jahre 1871 in aller Eile nach Karlsbad nach Berlin zurückkehrte, um den französischen Geschäftsträger für die Haltung der französischen Presse verantwortlich zu machen. Was würde Bismarck gesagt haben, wenn Thiers etwa in Nancy solche Reden gehalten hätte, wie diejenigen von München, Köln oder Düsseldorf? Der Entwaffnungsnote widmet die französische Presse vorerst wenig Worte. Im Journal wird sie eine deutsche Annahme genannt, die um so merkwürdiger sei, nachdem sich die Vereinigten Staaten dem Protest der Alliierten angeschlossen haben.“

Die Entente fordert erneut die Auflösung der Einwohnerwehren.

Aus Berlin wird gemeldet: Beim Auswärtigen Amt ist gestern Abend die Antwort der Interalliierten Kontrollkommission auf die am 9. Dezember abends übergebene deutsche Note über die Einwohnerwehren eingetroffen. Die Kontrollkommission erkennt die Gründe für eine besondere Behandlung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen nicht an, wiederholt die grundsätzliche Forderung sofortiger Auflösung und Entwaffnung aller Selbstschutzorganisationen und verlangt unverzügliche Mitteilung darüber, welche Maßnahmen die deutsche Regierung hierfür zu treffen gedenkt. Der Wortlaut wird alsbald veröffentlicht werden.

Die Regierungen der alliierten Staaten lassen sich also durch die Täuschungsmanöver der deutschen Regierung nicht irreführen. Sie haben offenbar erkannt, daß sich das Treiben der gegenrevolutionären Kreise, die sich auf die „Selbstschutz“-Organisationen stützen, nicht nur — wie die deutsche Regierung der Welt einreden will — gegen die drohende bolschewistische Flut, sondern auch gegen die Entente selbst richtet. Um so bemerkenswerter ist es daß sich die deutsche Regierung mit dieser Antwort nicht zufrieden geben will, sondern neue Schritte zur Rettung der gegenrevolutionären, nationalistischen Kampfororganisation anfündigt. Der oben wiedergegebenen, offenbar von amtlicher Stelle ausgehenden Wolffschen Meldung ist die folgende Bemerkung angefügt worden.

Die Schnelligkeit, mit der die Antwort erfolgt ist, läßt bar auf schließen, daß die Kontrollkommission auf Grund alterer Instruktionen gehandelt hat. Die deutsche Note kann in den fremden Hauptstädten noch nicht vorgelesen haben. Bei der vitalen Bedeutung der Frage für Deutschland wird es aber unvermeidlich sein, daß sich die alliierten Regierungen selbst auf Grund der in der deutschen Note vorgebrachten Argumente damit befassen, wobei zu hoffen ist, daß sie den augenblicklich bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen werden. Die deutsche Regierung wird durch ihr Vorkaufen entsprechende Schritte unternehmen lassen.

Die Hartnäckigkeit, mit der sich die deutsche Regierung für die bayrischen und ostpreussischen reaktionären Einwohnerwehren und Selbstschutzorganisationen der Eiserlich und Kompanie ins Zeug legt, beweist, daß sie offenbar den bayrischen Konterrororganisationen bindende Zugeständnisse gemacht hat, so daß sie nicht mehr zurück kann. Da die Regierung andererseits gegenüber den Orgesch-Schwärzern machtlos geworden ist und die Auflösung nicht durchzuführen vermag, die Entente aber absolut keine Neigung zeigt, von ihrer Forderung abzugehen, ist das folgenschwere Eingreifen der Alliierten mit Zwangsmahnahmen wieder in bedrohliche Nähe gerückt. Wie immer, wird das deutsche Volk auch jetzt wieder für das verbrecherische Treiben der Konterrororganisationen und die unverantwortlich nachgiebige Politik der Reichsregierung schwer bluten müssen.

Massenkundgebung der Berliner Beamten.

Berlin, 13. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Berlin fand gestern eine Massenkundgebung der Beamten statt mit einem Umzug, wie sie bisher noch niemals als Beamtenkundgebung gesehen worden ist. Auf sechs Plätze trafen sich die Beamten, die gegen 10 Uhr nach dem Luisenpark marschierten. In den Zügen sah man zahlreiche Schilder mit Aufschriften, die energisch eine Verbesserung der Lebensumstände des Beamten forderten. Auch Karikaturen und andre Bilder wurden im Zuge getragen. Im Lustgarten redeten bekannte Beamtenführer. Von der Museums-Treppe aus sprach Geheimrat Falkenberg vom Reichsministerium des Innern. „Wir wollen“, sagte er, „noch einmal warnend unsere Stimme erheben gegen diejenigen, die die Geschichte der deutschen Beamtenzeit zu lenken haben. Wir kommen nicht mit der Drohung, daß morgen alle Köder still stehen. Wir wollen trotz der ersten Lage zeigen, daß wir in Pflichtbewusstheit gegenüber der Volksgemeinschaft unsere Arbeiten weiter verrichten und die Beamten fordern Lebensmöglichkeit. Die Geldscheinwirtschaft muß aufhören. Wir können mit der bewilligten Er-

höhung nicht auskommen. Die Gehälter sind um vierfache, die Lebensmittel um zwanzigfache gestiegen. Wir haben immer gewartet und fruchtlos verhandelt. Wir wollen vorläufig nicht die äußersten Mittel anwenden. Wir sind diszipliniert genug, um auch jetzt noch auf die Einsicht der Regierung zu hoffen. Wir müssen mit den Gewerkschaften zusammen vorzugehen. Die heutige Volksovertretung treibt keine positive Arbeit. Die Parteien haben völlig versagt. Wir werden den Kampf um eine herausfindende und gewerkschaftliche Interessenpolitik aufnehmen.“ Nach dem Redner sprachen zahlreiche andre, die bedeutend radikalere Forderungen u. a. die gewaltsame Sprengung des Parlaments forderten. Ein Volkssekretär, der zu scharf sprach, wurde schließlich niedergeschrien. Die Versammlung verlief in voller Ruhe. Demonstrationen im Innern der Stadt fanden nicht statt.

Das Ergebnis der Volksabstimmung in Griechenland.

Athen, 10. Dezember. Das offizielle Ergebnis der Volksabstimmung ist folgendes: 999 954 Stimmen für die Rückkehr Königs Konstantins, 10 389 dagegen. 1190 Stimmgabeln waren unglücklich, 1062 unbeschrieben. Bei den Wahlen am 14. November bezug die Zahl der abgegebenen Stimmen 852 371.

Der französische Gesandte hat gestern Abend dem Ministerpräsidenten Rhaallis eine Note der französischen Regierung übergeben, die ankündigt, daß Frankreich im Falle der Wiedereinsetzung Königs Konstantins Griechenland jede weitere finanzielle Mitwirkung verweigert.

Die Heimkehr des griechischen Königs.

Berlin, 13. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach der Deutschen Allgemeinen Zeitung verläßt König Konstantin am Dienstagmittag die Schweiz mit sahrplanmäßigem Zug nach Venedig. Dort wird er sogleich mit einem griechischen Kreuzer nach Athen weiterfahren.

Die Neuwahlen in München durch die Volksabstimmung abgelehnt.

München, 12. Dezember. Bei der heute vorgenommenen Volksabstimmung darüber, ob in München eine Neuwahl des Stadtrats erfolgen soll, stimmten von insgesamt 388 758 Stimmberechtigten 179 418 für eine Neuwahl. Da 194 380 Stimmen nötig gewesen wären, um die Neuwahl durchzuführen, so ist die Neuwahl abgelehnt.

Der Proteststreik der Berliner Hotelbesitzer beschlossen.

Berlin, 12. Dezember. Im Hotel Kaiserhof fand heute eine Sitzung des Vereins Berliner Hotelbesitzer statt, an der Direktoren fast aller großen Berliner Hotels teilnahmen und in der beschlossen wurde, spätestens vom 15. Dezember an ihre Restaurationsbetriebe solange geschlossen zu halten, bis es ihnen wieder ermöglicht wird, ohne Verstoß gegen gesetzliche oder behördliche Maßnahmen ihre Betriebe ordnungsgemäß zu führen, weil sich die Unmöglichkeit strikter Innehaltung der Anordnungen gezeigt habe. An den preussischen Justizminister und den Minister des Innern wurde ein Telegramm geschickt, in dem die Vertreter der größeren Berliner Hotels und Restaurationsbetriebe die Behörden um Beistand und Schutz gegenüber den Maßnahmen der Staatsanwaltschaft bitten.

Der Parteitag der Schweizerischen Sozialisten gegen die 3. Internationale.

Bern, 11. Dezember. Der Schweizer sozialistische Parteitag lehnte mit 350 gegen 219 Stimmen den Eintritt in die Dritte Internationale ab, worauf die Parteilinien den Saal verließ; sie wird sich an den weiteren Arbeiten der Partei nicht mehr beteiligen.

Bern, 12. Dezember. (Schweiz, Dep.-Agentur.) In der gestrigen Sitzung der Kommunisten und der Neukommunisten erfolgte die endgültige Konstituierung der einzigen kommunistischen Partei. Sie tritt vorläufig aus der sozialdemokratischen Partei der Schweiz noch nicht aus, um vorerst die Abstimmung abzuwarten. Der sozialdemokratische Parteitag wird an alle Sektionen eine Proklamation erlassen, in der sie aufgefordert werden, sich gegen die Spaltung der Partei zu wenden.

Die Verhaftung Pfeffers bestätigt.

Berlin, 11. Dezember. Hauptmann a. D. v. Pfeffer ist von dem außerordentlichen Gericht bei dem Reichswehrappellationskommando zu Berlin wegen dringenden Verdachts eines Verbrechens gegen die Vorschrift des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nötigen Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung, in Untersuchungshaft genommen worden.

Der tschechische Militarismus.

Von Ernst Czuczka (Lundenburg-Mähren).

Mit steigender Belohnung nimmt man in der Tschechoslowakei die Militarisierung des Staates wahr. Mähjährlieh werden 2 368 830 000 Kronen für das Heer ausgegeben! Das erscheint als ein ungeheures Opfer, das die Bevölkerung bringen muß. Ihr kommt die Furchtbarkeit der „Blutsteuer“ um so größer vor, je weniger daneben die Geldsummen von 164 Millionen für die Schulen und 54 Millionen für Kulturzwecke sich ausnehmen. In dem Staatsbudget werden 4,31 Prozent für Bildungsbedürfnisse, 16,21 Prozent für das Militär aufgewendet. Das soll wirklich eine Vorbereitung zum stehenden Heer zum Militärsystem sein, wie es die slawischen Imperialisten im Wehrgefes der sogenannten „tschechischen Schweiz höherer Stils“ verprochen? Sie erklärten, man wolle nur provisorisch die stehende Heeresorganisation beibehalten, aber schrittweise zur Volkshewaffung übergehen. Warum wollen die tschechischen Nationalisten ihr Versprechen jetzt ver-
lassen?

Mit Recht sagte der deutsch-sozialdemokratische Abgeordnete Taub in der Prager Nationalversammlung: „Es figurieren im Budget Posten für den Militarismus, und zwar vorwiegend zum Bau von Kasernen, im Betrage von 120 Millionen, also wirklich ein nettes Stümchen, das jene Herren der Unwahrheit selbst, die sich in die Brust geworfen und gemeint haben: „Wir sind die alten Antimilitaristen-geblieben, die wir waren und streben ehrlich die Volksmittig an“. Jeder, der es mit der Volksmittig ehrlich meint, der den Abbau des Militarismus ernstlich anstrebt, der darf sich nicht dazu hergeben, daß die spätere Generation noch an den Kosten für den Militarismus zu tragen haben wird, der darf nicht in das Investitionsprogramm einen Betrag von 120 Millionen einstellen.“ Den Tschechen warf er vor: „Sie sind theoretisch Antimilitaristen, praktisch bringen Sie dem Militarismus jedes Opfer.“ Gern berufen sich die Herren um den Nationalsozialisten Klostsch und Nationalbureauführer Kramarsch darauf, daß sie in Mitteleuropa die monarchische Gewalt Herrschaft bekämpften, die Legionäre gegen Habsburg im Ausland ausrichteten. Sie prunkten mit ihrer ehemals revolutionär-demokratischen Tätigkeit wider den Größen- und Eroberungswahnsinn der deutsch-ungarischen Militarur, heute aber suchen sie die Deffentlichkeit darüber hinwegzutäuschen, daß sie nur den Franzosen zuliebe ein möglichst starkes Heer ausrüsten und Herrn Beneß wie ein eifriger Diener von Paris an die balkanischen Höfe fuhr, um die „Aeine Entente“, den Schutzverband gegen den Bolschewismus, ins Leben zu rufen. Erbärmlich und gerchbezu lächerlich gebärdeten sich die antimilitaristischen Gaukler, als ihnen der tschechische Militärmillionen 13 Millionen Kronen aus. Unter ihrer Leitung hat man im tschechischen Landesverteidigungsministerium einen eigenen antibolschewistischen Millionenfonds eingerichtet. Im Mai dieses Jahres hat man Kladno und Prag Schießmaterial und Handararatene bereitgehalten, um angeblich gegen Arbeiteraufstände gewappnet zu sein. Merta berichtet, daß ein Tag vor den Aprilwahlen zur Nationalversammlung eine eigene Ministerialverordnung herauskam, wonach für den Fall eines Sieges der Sozialdemokratie die Stadt Prag sofort in ein Militärlager hätte umgewandelt werden sollen. Solche reaktionäre Gedanken werden nur durch die französische Militärmillionen verbreitet, wie Merta meint, der erwähnt, der französische General Bella bestelle um 10 000 Kronen mehr Gehalt als Präsident Masaryk. „Es hat den Anschein, als ob er als Ueberwachungsorgan über alles gesetzt sei.“

Gegen derartige Angriffe vermaßte Husak, der jetzige Landesverteidigungsminister, am 1. Dezember 1920 nur unzulängliche Nebensachen vorzubringen. Nach seiner Auffassung muß sich das Militär der jetzigen parlamentarischen Mehrheit gegenüber treu verhalten, die nach einer wirklichen Wahlgeometrie die Vertreter der 6 Millionen Tschechen über das Schicksal von 3 1/2 Millionen Deutschen, 2 Millionen Slowaken, 1 Million Ungarn, Polen, Ruthenen schalten und walten läßt. Man braucht die Legionäre und Soldaten zur Niederhaltung der unzufriedenen Wähler. Das sehen die tschechischen Imperialisten ein: mit der eifernen Hand des Militarismus wollen sie ihre Herrschaft schütten!

Was hat man nicht den tschechischen Soldaten alles versprochen, um sie in getreue Stützen des slawischen Staatsimperialismus zu verwandeln? Man hat ihnen Beamtenstellungen und die Verteilung von Grund und Boden zugesichert. „Jeder Legionär bekommt ein Grundstück von 5,6 Hektar Feld!“ sagten die tschechischen Berufspolitiker! Wie mußte es dem Arbeiter schmeicheln, endlich einmal in der freien Republik zu hören: „Ich werde deutschen Besitz von den Feudalherren bekommen!“ Aber jetzt hilft man sich, die Großgrundbesitzer zu entladen, weil die tschechischen Banken mit ihnen die besten Vuchergeschäfte machen und das tschechische Bürgertum, das sich die Geldtaschen füllen will,